Nr. 42 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 13. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2069. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile 22 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 3.—, Reklamezeile 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Was ist national? Wer ist national?

Von Anton Erkelenz,
Mitglied der Nationalversammlung

Wir scheinen uns wunderbar erholt zu haben. Auch alle jene, die vor Jahresfrist vor jedem Patriotenpfiffl den Hut zogen, halten es für angebracht, den alten Streit zu beginnen. Als wären wir voller unwichtiger Kraft und müßten nur sehen, den Ueberschuß an Wohlbefinden in Gift und Galle gegen etwelche wahre oder eingebildete Gegner zu verspritzen.

Und wie wir uns früher allzusehr um Bekenntnisse, um Deklamationen stritten und derweil die Tat versäumten, so beginnt erneut wieder der Ruf nach großen berauschenden Worten, nach heldenhaften Gesten aufzustehen.

Was ist national? Müssen wir ein nationales Bekenntnis erst noch ablegen, die wir in 30 Grad Kälte in Rußland in den Horchlöchern lagen? Müssen wir uns zum Volke und Lande bekennen, die wir in den Granatlöchern bei Verdun, am Kemmel usw. die Engel singen hörten. Derweil die Redner im Streite ehemals und heute von den eineinhalb Millionen Tonnen fabelten, die wir mit dreißig ganzen Unterseebooten — jeweils zehn auf Schicht — monatlich versenken könnten. Fabelten vom sicheren Pfuhl aus der Großstadt.

Was ist national? Wer ist national?

Wer den letzten Nerv setzt an den Wiederaufbau des Staates, der Wirtschaft.

Wer für die Erhöhung der Produktion in Stadt und Land arbeitet.

Wer als Nahrungsmittelproduzent seine gesamte Produktion — abgesehen vom Eigenbedarf — an die ordnungsmäßigen Stellen abliefert und damit der übrigen Bevölkerung das Dasein erleichtert.

Wer dem Wucher- und Schleichhandel fehler entsagt.

Wer hilft, die Zerrissenheit unsres Volksgeistes überbrücken und für soziale Gesinnung und soziale Hilfsbereitschaft eintritt.

Wer dem Staate mit Freuden die Steuern gibt und zahlt, um die Schuldenvermehrung zu beseitigen, die Schuldenabtragung anzubahnen.

Wer die Volksregierung unterstützt und stark macht.

Wer Arbeitslosen Beschäftigung gibt.

Wer an der Verständigung aller Kulturvölker arbeitet und die Ueberwindung des Versailler Gewaltfriedens durch den Appell an die sittlichen Kräfte in den Völkern vorbereitet.

Wer verhindert, daß durch militaristische und machtpolitische Phrasen einiger Schreier dem deutschen Volke von den Siegern mehr und neue Lasten aufgebürdet werden.

Wer den Stolz und das Selbstbewußtsein jedes Deutschen weckt und den Glauben an die unvergängliche Kraft deutscher Freiheit und Arbeit unterstützt.

Wer Liebedienerei und Kriechseligkeit bekämpft.

Wer der Klassenscheidung und dem Dünkel den Krieg ansagt.

Wer in stiller, treuer Arbeit seine Pflicht tut.

Und so könnte man fortfahren noch einige Ellen lang.

Wenn es auf die nationale Gesinnung des Wortes und der Festreden angekommen wäre, wären wir das beste Volk der Erde gewesen. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit wurde nationaler Lippendienst getrieben. Ganze Klassen wurden als antinational in die Wolfsschlucht verwiesen. Den äußerlichen Worten aber entsprach nicht der innere Zustand.

Noch sind wir dem Zusammenbruch nicht entronnen und schon erheben sich Leute, die die nationale Phrase wieder einführen möchten. Und bei dem allerwegs vorhandenen Mangel an politischem Sinn wäre es nicht unmöglich, daß an die Stelle der nationalen Tat das nationalistische Wort tritt. Darum muß dieser Veräußerlichung jeder entgegentreten, dessen Stimme gehört wird.

Gegen den Steuerabzug

+ Köln, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Handels- und Industriebeirat der rheinischen Zentrumspartei faßte nach einem Vortrag des Syndikus Müller über die neuesten Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsausschuß über die Wirtschaftsverhältnisse im besetzten Gebiet eine Entschließung, in der schärfster Einspruch erhoben wird gegen den in der Frage des neuen Reichseinkommensteuergesetzes enthaltenen Plan, den Arbeitgeberverband zu verpflichten, bei der Lohn- und Gehaltsauszahlung an jeden Arbeiter als Steuervorauszahlung zehn Prozent abzuziehen. Diese Verpflichtung würde neue Unzuträglichkeiten und Zwistigkeiten zwischen den Unternehmern Arbeitern und Angestellten heraufbeschwören. Die Unternehmer lehnen es ab, selbst gegen Vergütung als Steuereinnehmer für den Staat zu arbeiten. Der Steuerausschuß der Nationalversammlung wird dringend ersucht, von dieser geplanten Maßnahme Abstand zu nehmen.

Die Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet

Aus Essen meldet das Wolffsche Telegraphenbureau: In der ersten Hälfte der vorigen Woche war die Wagengestellung für den Kohlenversand im Ruhrrevier verhältnismäßig günstig. Sie stieg an einem Tage sogar auf 17 500, so daß sämtliche angeforderte Wagen gestellt werden konnten. Gegen Ende der Woche entstanden beim Wagenzulaufe neue Schwierigkeiten und die Fehlziffern schnellten in die Höhe. Im Durchschnitte der Woche betrugen sie arbeitstäglich 331. In dem Maße, in dem das Hochwasser abfloß und der Wasserstand wieder normal wurde, besserte sich auch der Versand auf dem Wasserwege, wie die steigende Leistung der Kipper im Duisburg-Ruhrorter Hafen zeigt, die zwar noch nicht normal ist, aber doch schon rund 20 500 Tonnen erreichte, um dann freilich wieder zu fallen. Auch die Zechenhäfen des Rhein-Herne-Kanals weisen einen steigenden Brennstoffumschlag auf, der im Wochendurchschnitt arbeitstäglich rund 25 500 Tonnen beträgt. Der Leerraum ist noch immer sehr knapp. Den besseren Versandmöglichkeiten entsprechend, konnten die Haldenbestände auf den Gruben um rund 65 000 Tonnen verringert werden.

Eine Anmaßung Millerands

WTB. Berlin, 11. Februar. Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Mission in Paris folgende vom 8. Februar datierte Note angehen lassen:

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Teil VIII (Wiedergutmachungen), Artikel 236, Anlage 5, § 2, hat sich Deutschland verpflichtet, an Frankreich 7 Millionen Tonnen Kohlen jährlich zu liefern. Außerdem soll Deutschland jedes Jahr an Frankreich eine Kohlenmenge gleich dem Unterschiede zwischen der Jahresförderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke des Nordens und des Pas de Calais vor dem Kriege und der Förderung der Bergwerke dieses Beckens in dem in Betracht kommenden Jahre liefern. Letztere Lieferung erfolgt zehn Jahre lang und darf nicht mehr als 20 Millionen Tonnen jährlich während der ersten 5 Jahre und 8 Millionen Tonnen während der fünf folgenden Jahre betragen. Anderseits geht aus dem Protokoll vom 29. August 1919 über die Verhandlungen bezüglich Ausführung der Anlage 5 zu Artikel 236 des Friedensvertrages hervor, daß die Mächte vorläufig übereingekommen sind, nicht sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die vollständige Lieferung der in der Anlage 5 aufgezählten Kohlenmengen zu verlangen. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich den Alliierten 1 660 000 Tonnen zu liefern. Das entspricht einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen und stellt den Ersatz der Förderung der zerstörten französischen Bergwerke dar — ein Ersatz, der entsprechend dem Schlußsatz von § 10, Anlage 5 ein Vorrangsrecht genießt.

Nun stellen

unanfechtbare Dokumente

fest, daß Deutschland im Laufe des letzten Dezembers 10 450 000 Tonnen Kohlen produziert hat. Gemäß den in dem Protokoll vom 29. August ausgesprochenen Grundsätzen hätte Deutschland also an die Alliierten Mächte 2 500 000 Tonnen liefern müssen, während es nur 600 000 Tonnen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist merklich geringer gewesen, und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlenunterkommission in Essen hat amtlich erklärt, daß Deutschland nicht mehr als 750 000 Tonnen werde liefern können. Aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden. Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung zu rechtfertigen und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Staates hinweisen, können nicht als stichhaltig betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß Deutschland für sich selbst eine Quantität zurückbehält, die erheblich höher ist als die, die sie zur Ausführung ihrer Verpflichtungen benutzt. 60 Millionen Deutsche erhalten zur Zeit monatlich 8 Millionen Tonnen Kohle, während Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur etwa 8 250 000 Tonnen monatlich erhält. Welches Recht kann Deutschland anführen, um günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Notlage lediglich auf die systematischen Verwüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste Heeresleitung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziele, die französischen Industrien zu ruinieren, befohlen worden sind.

Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Nichtachtung ihrer Verpflichtungen und, obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse und Anrecht hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt, und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert sind. Unter Bezugnahme auf § 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die

Räumung des besetzten Gebietes

noch nicht zu laufen begonnen haben, ferner, wenn am 1. März 1920 in weiterer absichtlicher Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen, bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen wird, andre Maßregeln gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 28. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgesehen haben.

*

Die deutschen Einwände

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt:

Die Kohlennote vom 8. Februar 1920 geht aus vom französischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen Geschäftsträger. Sie beschwert sich über mangelhafte Kohlenlieferungen Deutschlands gegenüber den übernommenen Verpflichtungen. Für die Behandlung der Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrag ist lediglich der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen, er allein hat die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und er allein hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note

Befugnisse angemaßt, die ihm nicht zustehen.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlußfolgerungen gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 29. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohle an die alliierten und assoziierten Mächte sogleich beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohle vorzuliefern hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Zusammentritt, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 000 000 Tonnen Steinkohle im Monat 1 600 000 Tonnen monatlich an den Verband liefern soll, und zwar bis 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit der eine Ermäßigung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch Note vom 30. Januar 1920 bestätigt.

Da nach § 10 des Anhangs 5 zu Teil 8 des Friedensvertrages die Anforderungsziffern des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte vertragsmäßig festgesetzte Ankündigungsfrist für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus Vorstehendem, daß eine

Verpflichtung Deutschlands zur Lieferung bestimmter Mengen bisher nicht besteht.

Die bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillig zu betrachten, und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind.

Im übrigen ist von deutscher Seite in dem Protokoll die während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen stets nachdrücklich abgegebene Erklärung wiederholt worden, daß Deutschland ohne schwere Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht imstande sei, bedeutende Lieferungen zu machen. Wirtschaftlich betrachtet liegt in der Tatsache, daß freiwillige Kohlenlieferungen vor Ablauf der im Friedensvertrag vorgesehenen Ankündigungsfrist erfolgt sind, ein gewaltiges Opfer Deutschlands und zugleich ein schlagender

Beweis für die Bereitwilligkeit Deutschlands,

seine Pflicht zur „Wiedergutmachung" nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an den Verband gelieferten Kohlen seinem eigenen schwer erschütterten Wirtschaftsleben zuführen können; statt dessen hat es sich dieser sehr erheblichen Kohlenmengen entblößt, um sie zur „Wiedergutmachung" zu verwenden. Diese freiwillige Leistung, gegen die sich die allerernstesten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben, hätte eigentlich volle Anerkennung von seiten der Alliierten verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf Vergeltungsmaßregeln, die nach dem Friedensvertrag nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auf eine Aenderung des Artikels 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfristen für die besetzten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Frage ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

*

Grund zu neuen Beschwerden?

⊕ Rotterdam, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Telegraph" meldet aus Berlin: Die Ueberwachungskommission der Alliierten in Berlin klagt über Belästigungen ihrer Mitglieder in öffentlichen Lokalen und auf öffentlichen Wegen. Es ist wahrscheinlich, daß die alliierten Geschäftsträger dieserhalb bei der deutschen Regierung ernste Vorstellungen erheben.

*

Keine Ermäßigung

⊕ Genf, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet am Dienstag abend: Der Alliertenrat hat eine Herabsetzung der Kohlenlieferungen durch Deutschland abgelehnt. Man wird Deutschland eine angemessene Frist stellen, um die allzu harten Folgen des Friedensvertrages abzuwenden.

*

Neue Verdächtigungen

× Paris, 12. Februar. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern Ministerpräsident Millerand, er sei dem Plane, die Türkei in Europa zu erhalten, günstig gesinnt. Die Kommission nahm schließlich eine Tagesordnung an, in der sie zum Ausdruck bringt, daß die Rechte Frankreichs in Konstantinopel sowie in Kleinasien, Syrien und Palästina im Sinne des im Jahre 1918 geschlossenen Abkommens gewahrt werden. Von der Kommission wurde alsdann General Niessel vernommen, der erklärte, die Deutschen gäben falsche Auskünfte und versuchen Drohungen und Einschüchterungen. Nach seiner Ansicht dürfe man niemals nachgeben, noch dürfe man sich mit den Deutschen in Erörterungen einlassen. Er behauptete auch, Deutschland habe 450 000 Mann unter den Waffen, erklärte jedoch, daß die Ablieferung des Kriegsmaterials in normaler Weise erfolgte. Er stellte ferner die Behauptung auf, deutsche Offiziere dienten in der roten Armee, und wenn man Deutschland gestatte, mit den Bolschewisten in Verbindung zu treten, könnten daraus schwere Ungelegenheiten entstehen.

*

Besetzung des Ruhrkohlenbeckens

* Rotterdam, 12. Februar. Der „Nieuwe Courant" meldet aus Paris: Die „Information" weiß zu berichten, daß man vielleicht erwägen werde, die Ruhrkohlenbecken zu besetzen, falls Deutschland seine Verpflichtungen zur Kohlenlieferung nicht voll erfülle.

*

Die unzufriedenen Ausbeuter

⊕ Genf, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Nach den Erklärungen des Finanzministers im Kammerausschuß sabotiert die deutsche Arbeiterschaft die Kohlenlieferungen und damit die Erfüllung des Friedensvertrages. Die Alliierten seien auf Vorschlag Frankreichs bereits in Beratungen eingetreten, um gegen die allgemeine Arbeitsunlust in Deutschland Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Der Achtstundentag sei jetzt ein Verbrechen in Deutschland, für dessen schleunige Beseitigung man die sozialistische deutsche Regierung als Vollstreckerin des Friedensvertrages persönlich haftbar machen würde.

Das Parlament der Unbefangenen

Von unserm S-Korrespondenten

Budapest, 8. Februar

Zum erstenmal in Ungarn sind die Wahlen allgemein gewesen, und da zeigte sich, daß — wenigstens in der Hauptstadt — die Schlagworten, Einflüsterungen und Anfertigungen leichter zugänglichen Frauen, unter diesen besonders das wahlfähig gewordene Dienstgesinde, den Ausschlag gaben. Ihr Einfluß kann vielleicht erklären, daß die historischen Parteien zusammengebrochen sind, daß die nur noch vier Mann „starke" Demokratenpartei sich auf den Wunsch beschränken muß, mehr gewogen als gezählt zu sein, und die am 10. Februar zusammentretende Nationalversammlung nicht nur der Menge, sondern auch der Güte nach tief unter dem Niveau von Ungarns früheren Parlamenten stehen wird. Auch eine Aenderung des Kurses haben die leidenschaftlich gegen die bolschewistische Episode protestierenden Stimmzettel nicht gebracht. Denn die nun herrschenden christlichen Parteien streiten wohl untereinander um die Macht, wie nie vorher noch in einem Lande um Macht gestritten worden ist, den liberalen Kurs aber bekämpfen sie gemeinsam wie ein Mann. Extrem konfessionell und extrem agrarisch, ohne durchaus religiös oder national zu sein, beginnen sie das parlamentarische Leben ohne Opposition, ohne das mäßigende Gegengewicht einer andern Partei. Dieses Ergebnis der Wahlen bedeutet die vollständige Niederlage nicht bloß der liberalen Politik, sondern auch der politischen Intelligenz.

Statt wie vordem 418, sind in Restungarn 163 (unter diesen nur 25 frühere) Abgeordnete gewählt worden. Den Bezirken nach vertreten die nun herrschenden Parteien: der christlich-nationalen Vereinigung und der Partei der kleinen Landwirte acht Minister, sieben Staatssekretäre, zehn Abgeordnete, sechs Obergespane, einen Oberstuhlrichter, einen Ministerialsektionsrat, einen Bürgermeister, einen Bischof, einen Prälat, sechs römisch-katholische Geistliche verschiedenen Ranges, einen evangelischen Seelsorger, sechs reformierte Geistliche, zwei Universitätsprofessoren, einen Gymnasialdirektor, drei Lehrer, acht Journalisten, zwei Fabrikanten, vier Aerzte, dreizehn Advokaten, zwei Arbeiter, zwei Ingenieure, sieben Beamte, achtzehn Grundbesitzer, einen Großpächter, dreizehn kleine Landwirte, einen Husarenkapitän und fünf Magnaten, meist völlig unbekannte, politisch ungeschulte Köpfe an Stelle der alten, reichsgesichten Centry, kaum einer, der die Arbeitsfähigkeit des Hauses verbürgt und nur vereinzelt noch ein Ueberbleibsel aus den Trümmern der Vergangenheit, wie Apponyi und Andrassy, die jedoch vereinsamt außerhalb der Parteien stehen. Daß es neben den Bauern eine industrielle Arbeiterschaft, daß es ein Bürgertum als Träger von gewerblicher Betriebsamkeit, ja Handel und Kultur gibt, läßt die neue Nationalversammlung nicht erkennen. Auch alle fachlichen Autoritäten fehlen. Drei Finanzgrößen, Roland Hegedüs, Anton Eber und Elemér Hantos sind gegen die Bedeutungslosigkeit auf der Wahlstatt geblieben. Das besonders in Frauenkreisen werbende Streberium des früheren Vorstadt-Ingenieurs und erfolgreichen Putschisten Stefan Friedrich, der in der Täuschung befangen ist, populär zu sein, streckte die bedächtige Staatsweisheit des gewesenen Ministerpräsidenten Alexander Wekerle zu Boden. Der kluge und unerschütterliche Vertreter des Staats-Einmaleins, Josef Szterényi, stieß sich den vagen Chancen einer Stichwahl ausgesetzt mit einem achtbaren, in politicis jedoch unkundigen Literaten. Was aber soll man zu dem barocken Einfall sagen, daß Handelsminister Franz Heinrich, einer der wenigen, die in dem Haufen der parlamentarischen Fremdlinge, Neulinge und Anfänger zu rechnen verstehen, gegen einen ihm unterstellten Bahnbeamten kandidieren mußte? Natürlich fiel der Minister und mit ihm der Mantel: die Mittelpartei, die Hoffnung dieses Landes, die mit dem Wahlunglück Heinrichs als völlig aufgerieben angesehen werden muß.

Einmal haben die Wahlen in Ungarn, deren Farbenpracht kein andres Land Europas kannte, Maler und Dichter begeistert und das Land durch Wochen in Festen gehalten. Eine ganze Industrie, die Fahnenindustrie, lebte von ihnen, die Gastwirte, Branntweinschenker und Fuhrwerksbesitzer hielten reiche Ernte; es gab Banderien, Aufzüge, eingeschlagene Köpfe, ja auch Leichen auf der Bühne, denn es war nicht eben selten, daß Militär und Gendarmerie von ihren Waffen Gebrauch machen mußten. Die korrupte Tätigkeit der Wahlpräsidenten beschäftigte noch Monate hindurch die Gerichte. Heute hat sich das Bild völlig geändert: Das allgemeine und geheime Wahlrecht mit seinen zerstreuten Wahllokalen, mit dem strenge gehandhabten Alkoholverbot, mit der Einstellung aller Aufzüge, aller Fahnen- und Federnpracht, mit der sang- und klanglosen Abstimmungsmethode ist wie in Abwesenheit alles Seelischen und Geistigen verflossen, aber auch entkörpert schien es jedem und beängstigend durch die Ruhe, mit der nun hinter der Kulisse ein Seelenschacher gemanagt wurde, dessen Ergebnis Betroffenheit erzeugt. Denn es sind dabei auch beglaubigte Werte beseitigt worden, und das Unbestimmte, das Schleierhafte ist an ihre Stelle getreten. Ein rätselhafter Wahlaufklärer, dessen Toben man verschlafen, nicht gesehen und nicht gehört hat, mehte in den zwei Tagen die vielen reinen Toren unter die wenigen Wissenden, und nur an der Zerstörung, die das Element der Menge in der unheimlichen Verschleierung ihres Waltens angerichtet hat, erkennt man, daß etwas vorging, das lange Bestandenes niedergelegt und eine Welt aus den Fugen gebracht hat.

*

T. Budapest, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Bei der Stichwahl in Budapest wurde der Nationaldemokrat Dr. Brody und der ehemalige Minister Gabriel Ugron zum christlich-nationalen Kandidaten gewählt.

Beilegung des Wiener Bäckerstreiks

× Wien, 11. Februar. Der Streik in der Anerbrotfabrik ist heute in einer Besprechung im Staatsamte für Volksernährung beigelegt worden.

Die Beschießung von Odessa

„Daily Mail" meldet: Nach einem Telegramm aus Moskau hat der Einzug der Roten Truppen in Odessa am Sonnabend begonnen. Die Besatzung leistete in der Stadt heftigen Widerstand. Odessa wird von den Schiffen aus bombardiert.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200213/1